



Oktober 2021

Klimastreik am 24. 9. – wir waren dabei



Mehrere Zehntausend HamburgerInnen gingen am Freitag vor der Wahl zur Klimademo auf die Willy-Brandt-Straße. Die „Rentnergang“ (LAG SeniorInnenpolitik) zeigte Flagge und Solidarität auf der Fußgängerbrücke an der Nicolaikirche. *Foto: Wolfgang Petersen*

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe:
Freitag, 29.10.2021

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Willkommen/BMV/Quartett	S. 2
Wahlergebnisse	S. 3
Kommentare zur Wahl	S. 4ff
Zeughausstraße: Abriss droht	S. 11
Konversionsveranstaltung	S. 12
Drittmix in Mitte???	S. 13
Cityausschuss sucht ...	S. 15
Termine / Kontakt	S. 16

Herzlich Willkommen im Bezirksverband DIE LINKE. Hamburg-Mitte

Seit Sonntag hat die Bundespartei mehr als 500 Neue Mitglieder dazu bekommen.

In unserem Bezirksverband dürfen wir 14 neue Mitglieder begrüßen, die in den letzten Tagen oder während des Wahlkampfes eingetreten sind. Ihr alle bekommt in der ersten Oktober Woche Hinweise per Mail, wie ihr das Parteilieben beginnen könnt.

Wolfgang Strauß

**Seit Sonntag
über 500 neue
Mitglieder.
Das gibt 🦵!**

Mach auch Du das Soziale stark.
www.die-linke.de/mitgliedwerden

DIE LINKE.

Ankündigung BMV mit Vorstandswahlen

Am Sonntag, 24.10.21 findet im Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg (Nähe U-Bahn Billstedt) in der Zeit von 10:00 – 19:00h eine Bezirksmitgliederversammlung mit Vorstandsneuwahlen statt.

Eine genaue Tagesordnung wird noch erstellt und zusammen mit den offiziellen Einladungen verschickt.

Am Wahlkampf hat es nicht gelegen ...



Die BO Wilhelmsburg/Veddel hier ausnahmsweise mal nur als politisches Quartett im Reiherstiegviertel
Foto: BO Wilhelmsburg

Das Desaster in Zahlen nach Stadtteilen

Vorläufiges Ergebnis der Bundestagswahl 2021 in den Hamburger Stadtteilen (Zweitstimmen) Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in Prozent

Bezirk/Stadtteil	Wahlbeteiligung	Briefwählende	CDU	SPD	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	AfD	Übrige
Bezirk Hamburg-Mitte									
Hamburg-Altstadt/Neuwerk	79,0	52,4	13,5	23,4	27,2	8,1	16,8	3,9	7,1
HafenCity	86,6	53,8	18,0	20,0	28,5	4,1	20,6	2,9	5,9
Neustadt	82,0	50,7	9,9	22,9	35,7	10,0	10,5	3,4	7,5
St. Pauli	79,5	50,8	4,3	16,4	42,3	21,1	5,4	2,4	8,1
St. Georg	82,1	58,0	10,0	21,7	38,1	11,2	11,0	2,4	5,6
Hammerbrook	77,9	54,4	7,0	17,9	36,8	10,4	15,8	3,3	8,8
Borgfelde	77,0	50,5	10,3	26,8	31,2	8,2	11,0	4,5	8,1
Hamm	77,0	50,7	9,6	28,5	29,7	8,9	9,1	5,1	9,2
Horn	63,8	41,3	11,4	35,3	17,8	7,6	10,2	8,0	9,7
Billstedt	59,8	38,6	15,2	40,4	10,9	5,9	8,8	10,1	8,7
Billbrook/Rothenburgsort	60,0	41,0	10,4	35,6	17,8	9,2	7,8	8,7	10,4
Veddel	62,7	41,2	3,7	26,8	26,2	20,4	4,3	4,7	13,9
Wilhelmsburg	62,1	39,7	9,9	35,2	19,2	12,7	6,5	6,4	10,2
Kleiner Grasbrook/Steinwerder	76,3	48,1	2,0	10,8	41,1	29,1	3,7	2,9	10,4
Waltershof/Finkenwerder	77,7	45,5	13,5	38,4	18,1	6,2	9,0	7,0	7,8
Bezirk Hamburg-Mitte	69,4	45,7	10,8	30,7	24,5	10,0	9,1	6,2	8,8

Zum Vergleich:

Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2017 in den Hamburger Stadtteilen (Zweitstimmen) Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien in Prozent¹

Stadtteil	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	GRÜNE	LINKE	FDP	AfD	Übrige
Bezirk Hamburg-Mitte								
Hamburg-Altstadt	78,2	21,3	23,2	19,0	10,7	13,4	7,2	5,2
HafenCity	86,4	15,2	29,8	15,8	8,1	23,1	5,6	2,4
Neustadt	79,8	20,8	19,9	18,6	19,3	9,7	6,0	5,7
St. Pauli	77,3	15,9	10,4	21,8	33,8	4,6	4,5	9,0
St. Georg	80,8	17,8	17,6	21,1	22,5	10,9	5,7	4,4
Hammerbrook	70,1	16,0	17,2	16,8	26,0	10,7	4,6	8,7
Borgfelde	74,7	22,2	22,6	15,3	16,5	9,4	8,4	5,6
Hamm	74,6	24,8	21,6	14,5	16,1	7,5	8,9	6,6
Horn	63,3	29,4	21,5	8,9	13,8	7,6	12,6	6,2
Billstedt	59,7	32,4	23,6	6,6	11,4	7,0	14,6	4,4
Billbrook	50,5	27,6	16,6	8,3	9,7	6,2	27,6	4,0
Rothenburgsort	58,7	29,3	20,5	7,8	15,8	6,7	13,2	6,7
Veddel	64,7	23,5	10,5	15,2	26,8	3,5	6,3	14,2
Wilhelmsburg	60,9	28,7	19,9	9,2	18,0	5,4	10,0	8,8
Kleiner Grasbrook/Steinwerder	68,5	10,4	4,9	16,6	42,0	3,9	4,9	17,3
Finkenwerder/Waltershof	75,6	29,8	24,5	10,8	11,8	7,3	10,0	5,8
Bezirk Hamburg-Mitte	67,4	25,4	22,0	12,6	16,2	7,9	9,3	6,8

Quelle für beide Tabellen: Statistisches Landesamt Nord

Da beißt keine Maus einen Faden ab: Wir haben gegenüber 2017 überall verloren, zwischen einem Drittel und der Hälfte der Stimmen. Wir müssen sicher auch noch mal genauer auf die Unterschiede schauen, aber klar bleibt: Fast immer sinkt die Wahlbeteiligung mit sinkendem Durchschnittseinkommen im Stadtteil, leider aber meist

auch unser Stimmenanteil. Das sollte uns zu denken geben.

Etwas beruhigend ist nur, dass es keinen Rechtsruck gegeben hat, die CDU hat die Hälfte ihrer ohnehin nicht vielen Stimmen verloren, die AfD ein Drittel bei niedriger Ausgangsbasis. (-red)

Untätigkeitskritik - Zwischenruf aus Mümmel

„Feste Jungs, macht nur weiter so, ihr bekommt schon alles kaputt ...“ Oh, tut mir leid, jetzt bin ich ja schon mitten im Text; eigentlich wollte ich euch zunächst begrüßen:

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dem Ergebnis dieser Wahl können eigentlich nur die von uns zufrieden sein, die eine Beteiligung der Linken im Bundestag eh für schädlich halten alle anderen haben sich nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses vermutlich recht geärgert; zu diesen gehöre ich. Überraschend war höchstens der Grad von Miss- / Verachtung, den uns die WählerInnen entgegengebracht haben.

Eine linke Partei, so war das jedenfalls in der Vergangenheit, hat sich insbesondere um die Lebensumstände von Leuten zu sorgen, die kein sorgenfreies Leben führen können, und zu versuchen diese zu verbessern. Als Linke haben wir vor langer Zeit beschlossen auch den parlamentarischen Weg zu beschreiten. Um dort wirkmächtig zu sein, werden Abgeordnete benötigt, viele Abgeordnete, nicht 39 aus ~ 735. Mehr Abgeordnete können wir erreichen, wenn wir mehr Wählerstimmen erhalten und diese wiederum gibt es, wenn möglichst viele WahlbürgerInnen davon überzeugt sind, dass ihre Interessen durch unsere Partei besser als von allen anderen vertreten werden. Wohlhabende Leute werden sich durch andere Parteien eventuell erfolgreicher vertreten fühlen als durch uns – die meisten jedenfalls. Deshalb ist es nicht erforderlich, deren besondere Anliegen intensiv zu beackern, wohl aber die armer Leute, um deren Nöte sich außer uns keine Partei im positiven Sinne kümmert. Andere, die diesen Leuten verbal etwas Gutes tun wollen, erhöhen den Hartz IV-Regelsatz um 3 Euro pro Monat. Auch die etwas Bessergestellten, die z.B. einen Vollzeitjob haben als Netto-KassiererIn, LKW-Fahrer, Müllwerker, DHL-Bote, AltenpflegerIn, Steinsetzer leben nicht sorgenfrei: teilweise müssen sie ergänzende Leistungen vom Jobcenter beziehen und auch sonst sind die meisten von ihnen trotz einer unverzichtbaren Tätigkeit stets knapp bei Kasse und häufig physisch und psychisch an der Grenze. Wenn wir glaubhaft machen können, dass wir deren Situation verbes-

sern wollen, haben wir ein Alleinstellungsmerkmal, das uns von allen anderen Parteien deutlich unterscheidet.

Glaubhaft machen – welch entsetzlich bürokratisches Wort – aber genau darauf kommt es an. Vor einer Wahl ein sozialistisches Halbjahr wie die SPD einzulegen reicht da nicht. Unsere glaubhaften Informationen – nicht das Blaue vom Himmel – müssen kontinuierlich erfolgen, also nach der Wahl beginnen und bis zur nächsten Wahl andauern und so häufig sein, wie es unsere Kassenlage erlaubt. Unterschiede zu anderen Parteien dürfen und müssen bisweilen herausgestellt werden, aber „AfD ist Mist“ als Hauptaussage ist Mist. Die AfD (und Andere) müssen wir für unsere Klientel überflüssig machen, weil wir gute, glaubhafte Lösungen anbieten, die die Anderen nicht haben. Dazu gehört, dass wir herausstellen, dass die oben genannten Leute nicht nur Applaus verdient haben, sondern Achtung und zu dieser auch Einkommen gehört, denn sie können Sachen, an denen die meisten AkademikerInnen scheitern: z.B. ein neues Klobecken montieren.

Ich finde, dass wir diese Aufgabe zumindest in den letzten vier Jahren, zumindest in Mümmelmannsberg, sträflich vernachlässigt haben. Jetzt höre ich schon „Rede kein dummes Zeug, Gun, tu selbst was!“. Habe ich in der Vergangenheit in gewissem Umfang gemacht, aber nun kann ich dort, wo körperlicher Einsatz gefordert wird, nicht mehr mitmachen. Das Hirn funktioniert allerdings noch (wenn man von den Kommata absieht). Deshalb habe ich häufig angeboten, Flugblätter speziell für Mümmelmannsberg in Abstimmung mit ??? zu schreiben: erfolglos, es bestand kein Interesse seitens der GenossInnen, die die Umsetzung hätten anschieben können; offensichtlich waren das keine Hamburger, sondern eher Cheeseburger. Auch sie haben das schlechte Abschneiden unserer Partei bei den Bundestagswahlen zu vertreten 6,3 % weniger als 2017; dafür muss es doch Gründe geben ...

Natürlich muss sich unsere Partei auch um andere Themen kümmern als die materiellen Lebensumstände der nicht so reichen Menschen. Aber bei einigen Themen haben wir ein Alleinstel-

lungsmerkmal, nämlich insbesondere im Hinblick auf Soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik und bei anderen nicht: z.B. Klima- und Umweltpolitik. Da gibt es auch mindestens eine andere Partei, nämlich die Grünen und wir werden höchstens als Korrektiv mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit gebraucht, wenn sich niemand anders um die Belastung durch Energiekosten kümmert. Hier können wir Parteienergie sparen und an anderer Stelle sinnvoller einsetzen, z.B. durch weniger Pöstchenausstellungen und stattdessen mehr Informationserstellung und -verbreitung.

In den letzten Monaten habe ich auch sehr vermisst, dass sich meine Partei für die Erhaltung der Grundrechte eingesetzt und dieses wichtige Feld AfD (die damit gar nix am Hut hat) und FDP überlassen hat, das war schade. Älter als 70 Jahre mit mehrfachen Vorerkrankungen gehöre ich zu den „vulnerablen Gruppen“, um deren Schutz von Anfang an ein Riesen-Bohei gemacht wurde. Bundes- und Landesregierungen schützten mich durch weitgehende Außerbetriebnahme der Grundrechte, Schließung der hinter-dem-Haus-Spielplätze in Mümmelmannsberg, umfangreiche Kontaktverbote, das Verbot den Elbdeich im Landkreis Stade zu betreten, und, und, und zur Verfügung-stellen von 15 FFP2-Masken nach 10 Monaten ... Und wo war meine Partei? Sie erging

sich in No-Covid-Phantasien und Befürwortung der Totalschließung des Landes a la Merkel um Ostern 2021. Leute, das war echt Mist! Dass am Anfang Fehler gemacht wurden war in Ordnung: in einer unklaren Gefahrenlage ist zunächst alles zu tun, was hilfreich bei der Gefahrenabwehr sein könnte aber unmittelbar anschließend ist zu klären, ob die ergriffenen Maßnahmen zielführend sind und sinnlose Maßnahmen zu beenden (Lehre aus der Seefahrt): hier hat meine Partei komplett versagt und anderen das Feld überlassen. Dies erklärt wohl auch zum Teil, warum so viele junge Leute auf einmal die FDP gewählt haben, waren doch nicht alles Bankster.

Abschließend, bevor ich aufhöre mit meinem Gemecker, halte ich den Hinweis für dringend geboten, dass es ein Fehler war, das Zugpferd (bitte entschuldige diese Bezeichnung Genossin Wagenknecht, solltest du je von ihr erfahren) unserer Partei zu schlachten: hat uns bestimmt keine Stimmen gebracht ...

Auch in der absehbaren Zukunft stehe ich unserer Partei im Rahmen meiner Möglichkeiten gern zur Verfügung, um zu einer Verbesserung unserer Situation beizutragen.

Gun, Mümmel, 28.09.21

Linksjugend in Wilhelmsburg



Gemeinsamer Wahlkampfendspurt der Linksjugend 'solid und der BO Wilhelmsburg. In Gesprächen zeigte sich: DIE LINKE muss in der sozialen Frage an die Substanz gehen, um den sehr rauen Zuständen in der Arbeitswelt gerecht zu werden und sich wirklich überzeugend abzuheben von den Versprechungen anderer Parteien im Wahlkampf. Alex Benthin

Gedanken zum Wahlausgang für unsere Partei

Das war so richtig eins „in die Fresse“. Eigentlich sind wir komplett abgewählt worden: Wir wären gar nicht mehr im Bundestag vertreten. 3 Direktmandate haben uns irgendwie „gerettet“. Mit blauem Auge im Parlament zu sitzen, ist aber trotzdem peinlich.

Wahlanalysen gab es schon so einige und ich bin nach 7 Jahren Parteimitgliedschaft vermutlich viel zu sehr „in dem Laden“ drin, als dass ich eine objektive Einschätzung geben kann, warum uns die Menschen nicht gewählt haben. Aber Gedanken zu diesem Debakel habe ich mir natürlich trotzdem gemacht.

Die Satiresendung extra 3 hat ein hübsches Liedchen zu unserem Wahlniedergang getextet. Und da Satire ja bekanntlich eine sehr gut geeignete Methode ist, um vielschichtige Themen und Probleme gekonnt zugespitzt auf den Punkt zu bringen, möchte ich die Kritik aus diesem Lied mal genauer unter die Lupe nehmen. Ich glaube, von diesem Blick von außen auf unsere Partei kann man Einiges lernen.

So heißt es gleich zu Beginn, dass wir durch internen Zoff die Wähler*innen verprellt haben. Ja, unsere immerwährenden Grabenkämpfe sind wirklich unerträglich. Besonders in Hamburg-Mitte können wir ein Lied von Auseinandersetzungen unterschiedlicher Strömungen singen. Ich selbst gehöre, zumindest nach eigener Wahrnehmung, keiner Strömung an und bin in meinem Abstimmverhalten variabel. Dennoch habe ich Überzeugungen, für die ich einstehe wie die Beendigung von Obdachlosigkeit, von Armut, den massiven Ausbau und Erhalt von Sozialwohnungen, die Abschaffung von Hartz 4 und Erhöhung des Mindestlohnes. Mir liegt die Arbeit an der Sache und den sozialen Problemen näher als der Kampf um die richtige Ideologie. Für einen Außenstehenden sind diese Auseinandersetzungen nicht zu verstehen. Sie sind für Nicht-Parteimitglieder wohl kaum nachvollziehbar und wirken daher unerwachsen und vollkommen chaotisch. Wer wählt schon Chaoten in den deutschen Bundestag?!

Die Linke ist nicht grad das coolste auf der Welt, bringt extra 3 gleich nach wenigen Sekunden zu Gehör. Hier frage ich mich nun, was genau damit gemeint ist. Sind es die alten SED-Kader, die mehr als in die Jahre gekommen sind? Meint man die teilweise „schrägen Vögel“, die unserer Partei angehören oder dass wir nicht genug Lifestyle haben wie die Grünen? Darüber kann man sich nun weiter vortrefflich streiten. Die Jugend findet offenbar, dass die FDP und die Grünen „cool“ sind. Die Linke ist es bestimmt nicht, so auch

mein Eindruck. Aber wenn man nach Sarah geht, sollten wir das auch nicht sein: Zurück zum alten Kern der Arbeiterpartei und weg von den urbanen Inhalten von „Lifestyle-Linken“. Auch hierzu kann ich keine definitive Haltung entwickeln. Es ist für mich wie so oft im Leben: Die Wahrheit ist nicht schwarz-weiß. Da wir längst nicht mehr die Partei für Ostdeutschland und offenbar auch nicht mehr von Arbeiter*innen sind, stellt sich schon die Frage, ob wir die Interessen unserer eigentlichen Klientel nicht mehr vertreten und uns zu weit von ihnen entfernt haben, indem wir uns vermehrt aktuellen klima- und identitätspolitischen Themen widmen. Allerdings: Die Gesellschaft ist nun mal differenzierter geworden. Wenn wir uns dem nicht stellen, dann sind wir wirklich eine Partei von vorgestern. Ich bin zwiegespalten. Ich kenne die Antwort nicht. Das liegt wahrscheinlich an meinem eigenen Alter. Ich bin fast 37 Jahre alt, selbst also in einem Übergang zwischen nicht mehr jung, aber auch noch nicht alt. In diesem Zwischenraum hänge ich seit 2 Jahren fest, weiß nicht mehr genau, wozu ich mich zählen soll und welche Trends ich noch bereit bin, mitzumachen, ohne dabei meine inneren Überzeugungen zu verlassen. Wahrscheinlich ist es ein Balanceakt, den die Linke da hinlegen muss, um irgendwie anschlussfähig zu sein, ohne ihre Inhalte und Überzeugungen zu verkaufen.

Auch dass unsere Doppelspitze nicht grad krass populär ist, wird im Liedtext festgestellt. Im Laufe des Wahlkampfes fragten mich einige Freunde, wie unsere Spitzenkandidatinnen eigentlich hießen. Ich musste anfangs immer einige Sekunden nachdenken, bevor ich die Namen hervorbrachte. Das spricht Bände. Ich habe mir viele Kommentarspalten auf facebook angesehen, in denen es um unsere Wahlniederlage ging. Viele der facebook-Nutzer*innen schrieben, dass sie Sarah Wagenknecht als Spitzenkandidatin sofort gewählt hätten. Offenbar wünschen sich die Menschen solche Zugpferde. Auch wenn Die Linke weniger mit Gesichtern wirbt, was ich prinzipiell richtig finde, wenn man gute Inhalte hat, die man vorzeigen kann, scheint es so, dass die Menschen wissen wollen, wer genau das ist, der da an der Spitze einer Partei ist. Das kann ich nachvollziehen. Gerade bei einer Wahl, bei der Viele kurz vorher noch nicht wussten, wen sie wählen wollen und sollen, ist der Sympathiefaktor nicht unwichtig. Wenn man die Kandidatinnen aber nicht wirklich kennt, kann man sie auch nicht einschätzen. Immer nur die alten Parteigesichter nach vorn zu lassen, halte ich aber auch nicht für besonders zukunftsweisend.

Dass wir nicht für die Rettungsflüge aus Kabul gestimmt haben und aus der Nato raus wollen, wird ebenfalls besungen. Das erste ist eine falsche Interpretation der Umstände und des Abstimmungsverhaltens. Trotzdem hätte man sich wahrscheinlich anders entscheiden müssen. Und das zweite ist eine Frage, ob man bewaffnete Auseinandersetzungen in gewissen Ausnahmesituationen für notwendig erachtet oder gänzlich ablehnt, egal unter welchen Umständen. Man kann finden, dass beides falsche Reaktionen oder Inhalte sind. Aber sind das wirklich die ausschlaggebenden Argumente, dass man uns nicht wählt? Da bin ich wirklich unsicher. Ich möchte behaupten, dass diese Themen vor allem von der Union in einer Linksrutsch-Hysterie medial so aufgebauscht wurden, dass wir inhaltlich manchmal nur noch darauf reduziert wurden.

Und auch die Russland-Frage wird aufgeworfen und vorgetragen, dass manche von uns Putin gut finden, egal was er in seinem Land so anstellt. Dazu habe ich nun eine klare Haltung: Putin muss nicht unser Bruder im Herzen sein, nur weil dieses Land früher mal sozialistisch war. Das ergibt keinen Sinn und ist rückwärtsgerichtet. Diesem Un-Demokraten kann man die Stange nicht halten.

Im Lied unerwähnt bleibt die Frage, warum uns so viele Menschen in den neuen Bundesländern nicht mehr wählen, sondern in Sachsen und Thüringen die AfD aufs Siebertreppchen stimmen. Ich komme selbst aus Thüringen und wurde bis zu meinem 19. Lebensjahr ost-sozialisiert. Ich habe also eine ungefähre Ahnung wie der Hase dort läuft. Ich wurde 1991 eingeschult. Bereits ab der 7. Klasse hatte ich Auseinandersetzungen mit rechts-gesinnten Klassenkameraden. Meiner Schwester, 5 Jahre älter als ich, schmierte man

Es gibt nicht nur einen Grund ...

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist schlicht desaströs für unsere Partei. Nur 2002 war schlimmer, damals noch für die PDS. Am Wahlkampf hat es nicht gelegen, das kann ich zumindest für St. Georg, wo ich beteiligt war, sicher sagen. Wir waren präsent, wir hatten viele Kontakte an den Infoständen und ja, wir hatten auch nicht wenig Zuspruch (einmal abgesehen von den üblichen, aber seltenen Anwürfen wie „Stasi-Agenten“, „Mauermörder“ oder „Ihr wollt mich enteignen“). Von daher war kein solches Ergebnis zu erwarten.

Nun werden einige sagen, dass es am Erscheinungsbild der Partei gelegen habe. Streit über fast jedes Thema, Querschüsse aus dem Saarland, unklare Haltung einiger in Sachen Frieden.

bei einer Klassenfahrt Hakenkreuze auf die Schuhe und schrieb „Negerschlampe“ daneben. Das blieb nicht der einzige Vorfall. Ich gehe sehr davon aus, dass auch das Elternhaus dieser Jugendlichen von rassistischen Tendenzen geprägt war. Ich weiß nicht, ob wir diese Menschen wirklich noch zurückholen können. Eigentlich darf man ein solches Ziel nicht aufgeben und ich halte es auch für richtig, es mit allen Kräften zu versuchen, allein diese blaue bis braune Haltung in den Dörfern des Ostens zu durchbrechen, wird eine Mammut-Aufgabe. Sicher, längst nicht alle Sachsen und Thüringer sind verkappte Nazis, aber in einer Grundstimmung der Angst vor Veränderung, dem Gefühl, nicht wertgeschätzt zu werden, abgehängt zu sein, wird Ausländerfeindlichkeit schnell salonfähig und es gibt weniger Menschen, die dagegen aufbegehren und etwas einwenden. Themen wie Klimapolitik, Gendersternchen oder Stärkung von Minderheitenrechten gehen an den Lebenswirklichkeiten vieler Ost-Deutscher vorbei. Hier braucht es wieder echte Interessens-Vertreter*innen für die Belange der neuen Bundesländer.

Nach der Wahl habe ich zu meinem Mann gesagt: „Und ich kann mir trotzdem keine andere Partei vorstellen, die meine gesellschaftlichen Ideale so vertritt wie die Linke.“ Manchmal reißen wir unsere guten Inhalte aber mit dem Arsch wieder ein. Und genau mit diesen Worten endet auch das Lied über unser Wahldebakel. Wir müssen nun den Arsch hochkriegen und uns an einigen Stellen hinterfragen und Entscheidungen treffen, ohne uns dabei zu zerfleischen. Das wäre mein Wunsch.

Ina Morgenroth, Vorsitzende unserer Bezirksfraktion

Da ist sicher was dran, aber es erklärt das Desaster auch nur teilweise.

Um das Ergebnis zu verstehen reicht es nicht, dass wieder einige sagen, sie hätten es schon immer gewusst und dann irgendwelche Punkte aufzählen, an denen es natürlich gelegen habe. Die einen werden sagen, wir seien nicht deutlich genug regierungswillig gewesen, die anderen vermissen den klaren antikapitalistischen Oppositionskurs. Den einen sind wir nicht modern genug übergekommen, die anderen vermissen die Sprache der Arbeiterpartei der zwanziger Jahre (des vorigen Jahrhunderts!).

Natürlich muss das Erfurter Programm verteidigt werden, Natürlich bleiben Frieden und Solidarität

unsere Kernkompetenzen. Aber: Warum haben sich 2 Millionen WählerInnen diesmal anders entschieden?

Ein Blick auf die Wählerwanderung zeigt: 820.000 Menschen haben sich der SPD zugewandt, 610.000 den GRÜNEN. Aber es sind auch 520.000 zu den Nichtwählenden abgedriftet (Quelle: infratest.dimap auf Tagesschau.de)

Da steckt viel Taktik drin. Wer einen Regierungswechsel (aber nicht unbedingt einen Politikwechsel) wollte, hat sich vielleicht entschlossen, die beiden Großen zu unterstützen, weil nicht sicher schien, ob die SPD mit den LINKEN zusammen gehen würde und ebenso wenig, ob die LINKE mit der SPD ... Und es steckt da auch viel Beharrungsvermögen drin: 16 Jahre Merkel sind genug, aber ... die NATO brauchen wir doch; ... höhere Steuern, das geht gar nicht; ... die Schuldenbremse brauchen wir doch, unsere Kinder und Enkel! Und was der presseinduzierten Verwirrungen mehr sind.

Die 520.000 Nichtwählenden dürften die Enttäuschten sein, wobei allerdings nicht klar ist,

Die Jetzt!-Partei von Sven-Friedrich Wiese

Forschungsergebnisse zeigen, dass Wahlplakate nur in geringfügigem Ausmaß Einstellungen der Wähler*innen verändern. Die Hauptfunktion der Plakate besteht aus Sicht der Wissenschaftler darin, die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen zu lenken.

Wahlplakate wirken also vor allem dann, wenn sie relevante Themen ansprechen und wenn sie gut gemacht sind. Relevante Themen hatten wir zwar, aber waren unsere Plakate auch gut gemacht? Darauf will ich im Folgenden eingehen.

Wahlmotto

Ins Auge sprang vor allem das Wahlmotto: „Jetzt!“.

Welche Überlegungen dahinter stecken, ist klar: Es gehe bei dieser Wahl nicht um kleine Korrekturen, sondern um einen Richtungswechsel, so unsere Parteispitze.

So weit, so gut.

Nur dass die Sogwirkung dieser riesenhaft abgebildeten Lettern so stark ist, dass unsere politischen Forderungen wie z.B. „Rente hoch. Rentenalter runter.“ in der Wahrnehmungshierarchie fast an letzter Stelle kamen. Freunde und Bekannte außerhalb meiner Partei fragten mich jedenfalls öfters neckisch, ob ich jetzt in der Jetzt!-Partei sei. Auch wenn ich über diese Frotzelei

worüber: Viel über die Abschaffung von Hartz IV geredet, nichts erreicht? Keine klare Haltung zu den Grundrechtseinschränkungen in der Pandemie? Das Abstimmungsverhalten zum Rettungseinsatz in Afghanistan? Immer über den abgehängten Osten geredet, nicht wirklich etwas für die Menschen verbessert? Nicht klar genug gesagt, dass der Kampf gegen die Erderhitzung teuer wird, aber nicht die breite Mehrheit dafür zahlen soll? Oder überhaupt zu viel über Klima geredet? Ich weiß es nicht, und ich glaube auch nicht, dass es irgendjemand ganz genau weiß.

Es wäre schön, wenn es gelänge, die Aufarbeitung des Desasters nicht als gegenseitige Schuldzuweisungen und mit Hauen und Stechen zu vollziehen. Wir müssen nach vorne schauen und gemeinsam eine Strategie für die kommenden Jahre entwickeln, selbstkritisch und kapitalismuskritisch – vor allem aber solidarisch miteinander!

besel

herzhaft lachen konnte, finde ich diese Wahrnehmung mindestens unglücklich.

Mir und allen Genoss*innen war zwar bewusst, dass damit auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit eines echten Richtungswechsels hingewiesen werden sollte, aber vielleicht haben wir die Phantasie unserer potentiellen Wähler*innen etwas überschätzt. Denn nach meiner Einschätzung ist bei vielen potentiellen (Wechsel-) Wähler*innen leider nur ein von jeglichem politischen Inhalt befreites Wahlmotto im Gedächtnis geblieben.

So weit, so semi-gut.

Denn wenn es in erster Linie darum geht, die eigenen Genoss*innen und enge Stammwähler*innen zu mobilisieren, dann mag unser überdominantes Jetzt!-Wahlmotto richtig gewesen sein, um die Dringlichkeit eines echten Richtungswechsels zu signalisieren. Aber bei allen anderen hat diese Wahlplakatstrategie mit einiger Wahrscheinlichkeit weniger gut verfangen.

Konkrete Forderungen

Wenn potentielle (Wechsel-)Wähler*innen auch noch unsere konkreten Forderungen auf den Plakaten wahrgenommen haben sollten, dann hat mindestens unsere Forderung nach einem Mindestlohn von 13 Euro nicht wirklich gezündet.



Denn hingegen auf den SPD-Plakaten stand unter anderem: Jetzt 12 Euro Mindestlohn wählen.

Warum abhängig Beschäftigte, die auf einen Mindestlohn angewiesen sind und in ihrer Wahlentscheidung zwischen der SPD und der Linkspartei schwanken, sich gerade deshalb für ein Kreuzchen bei unserer Partei entscheiden, leuchtet mir nicht unbedingt ein. Denn der 1 Euro-Unterschied ist meines Erachtens nicht gravierend genug, um Niedriglohneempfänger*innen mit einer leichten Präferenz für die SPD für unsere Partei zu gewinnen.

Natürlich ist dieser Umstand mehr als unglücklich, denn erst Die Linke hat den Mindestlohn in die politische Debatte gebracht, aber von unserer Urheberschaft und unserem langjährigen leidenschaftlichen Kampf für den Mindestlohn können bzw. konnten wir uns leider nichts kaufen.

Farben

Ergänzend zur traditionellen Hausfarbe der LINKEN kamen in diesem Wahlkampf neben Rot zahlreiche andere Farben zum Einsatz. Farben, die „benennen, dass DIE LINKE in sozialen Themen verankert ist“, so unser Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler.

Schon Ende 2011 stellte die SPD ihrem angestammten Rot die Farbe Purpur/Lila zur Seite und wagte den Bruch mit Altbekanntem. Auch unsere Partei setzte nun bei den Plakaten auf eine neue Farblehre. Lila gilt aber im Volksmund als letzter Versuch, mit dem bei verwelkender Schönheit mit einem lila Kleidungsstück noch einmal Aufmerksamkeit erregt werden soll.

Auffällig war jedenfalls, dass unsere Partei im Umgang mit ihrer Hausfarbe Rot vergleichsweise zurückhaltend agierte. Die Plakate der SPD hingegen stachen in diesem Wahlkampf hervor. Nie war mehr rot bei der SPD.



Agentur

Unsere Kampagne entstand in Kooperation mit der Agentur DiG/Plus, deren Geschäftsführer Volker Ludwig ist.

Schon 2002 managte er den Jugendwahlkampf der PDS. 2005 kam dann Ludwigs große Stunde: Während Genoss*innen um eine Parteigründung feilschten, erfand er in seiner Werbeagentur den Namen dazu: „Die Linke“. Zwar hat der Name in der Luft gelegen, aber man muss ihn ja auch erst mal aufgreifen und das vorangestellte „Die“ war wichtig, denn nur so war es einfach unverwechselbar.

Wie hoch nun der Anteil unseres Spitzenpersonals und der von Volker Ludwig an der aktuellen Plakatgestaltung war, vermag ich nicht zu beurteilen. Und zudem möchte ich auch nochmals betonen, dass ich unsere Plakate keinesfalls komplett schlecht, sondern semi-gut finde.

Schlussbemerkung

Selbstverständlich waren viele andere Punkte wahlentscheidender als unsere Plakate. Mir ist also sonnenklar, dass unsere Plakate nur einen sehr geringfügigen Einfluss auf unser Wahlergebnis hatten - allenfalls im Nach-Komma-Bereich. Aber hätten wir nicht drei Direktmandate erzielt, wären wir mit 4,9% aus dem Bundestag geflogen.

Bundestagswahl-Nachlese vom 26.09.2021

Die Bundestagswahl ist gelaufen und DIE LINKE hat großes Glück gehabt, durch drei Direktmandate noch mit 4,9% der abgegebenen Stimmen im Bundestag sitzen zu dürfen. Wir werden nun einen neuen Bundestag haben, in dem es keine Partei mehr gibt, die die nächsten 4 Jahre alleine die Regierung stellen kann. Vielmehr haben wir nun im neuen Bundestag „italienische Verhältnisse“ wie im römischen Parlament, wo es nämlich bereits schon seit sehr vielen Jahren nur noch Minderheitsregierungen gibt. Es bestünde nun durchaus die Möglichkeit durch ein Misstrauensvotum legal „die Regierung“ stürzen zu können und ggf. es zu Neuwahlen kommen zu lassen. Die bisherige Bundeskanzlerin Merkel und deren Kabinett bleiben geschäftsführend nämlich, so lange im „Amt“ bis sich eine neue Koalition bzw. eine neue Regierung gebildet hat. Als Oppositionspartei „Die Linke“ sollten wir überlegen was da möglich ist, wenn wir schon nicht mitregieren können. Es sei denn DIE LINKE würde Koalitionspartner werden unter Einhaltung der Parteibeschlüsse. In Zukunft könnte das öfter passieren.

Natürlich hat die Corona-Pandemie ihren Teil mit dazu beigetragen. Alles, was nun seit Anfang 2020 seinen Lauf nahm, hat sich für uns nun leider sehr bitter ausgezahlt. Das Volk ist unzufrieden und verbittert und zudem auch leider sehr misstrauisch geworden. Das Volk vertraut uns und anderen nicht mehr. Die Armut, die Wohnungsnot, die Arbeitsmarktpolitik, das Gesundheitswesen und ALG 2 genannt HARTZ 4, sowie der Klimawandel haben mächtig mit zu diesem katastrophalen Wahlergebnis beigetragen.

Die Einschränkungen der Grundrechte des Volkes durch Rechtsverordnungen nach Art.80 GG durch die Regierung gehören nun für zukünftige neue mögliche Ereignisse auf den Prüfstand. Rechtsverordnungen aus Art.80 GG stellen einen Durchbruch der Gewalten aus Art.20 GG dar. Gemäß Art. 20 IV GG ist es nun unser Recht uns gegen jeden zu erheben, der versucht die demokratische Grundordnung aufzuheben, und auch die in Art.40 IV GG verankerte Gewaltenteilung zu beschützen. Wir haben derzeit leider immer noch einen innerstaatlichen Notstand. Es bedarf eines Untersuchungsausschusses und einer aktuellen Stunde hierfür, um aufzuklären und künftig vorzubeugen. Was hier passierte von 2020 bis jetzt ist ein Unding.

Wenn es nun die nächsten Monate und länger immer noch keine funktionsfähige neue Regie-

rung gibt, besteht dringender denn je akuter Handlungsbedarf. Es gab und gibt nun in 16 Ländern 16 Polizeiregierungen und Polizeiapparate. Diese könnten in der Zwischenzeit ein Eigenleben entwickelt haben. Die Präsenz des hamburgischen nördlichen Polizeiapparates ging kurz vor der Wahl ziemlich stark zurück. Diese Dauerpräsenzen und Dauerstreifenfahrten sind die Anfänge hin zu einem totalitären Polizeistaat.

Ein solches Szenario wie 2020 durch ein neues Virus, wie Corona genannt wird, darf von niemandem benutzt werden, um einen Umsturz von oben zu versuchen. Dieses ganze Gedöns, alles mit Masken und Abständen, stellt eine unmögliche Frechheit dar. Auch das Gesundheitswesen und unser Wirtschaftswesen wurden dadurch lahmgelegt. Existenzen wurden vernichtet und Unschuldige in eine finanzielle Notlage gebracht. Insbesondere gibt es ja auch noch einige Bereiche, wo bestimmten Betroffenen geholfen wird und wo sich seit 2020 nun keinerlei Gruppen mehr treffen dürfen. Das stellt eine neue Form der Bedrohung unseres Rechtsstaates dar. Dagegen und um diesen Corona-Skandal aufzuklären und einem solchen künftigen Ereignis vorzubeugen, sollten schnellstens Untersuchungsausschüsse eingerichtet werden. Auch die Polizeiapparate der 16 Länder sind zukünftig politisch zu beaufsichtigen und die dafür Verantwortlichen müssen hierzu Stellung beziehen. Es ist ein/e Polizeibeauftragte/r hierfür zu bestellen. Das alles könnte in einen Bürgerkrieg und zu sozialen Unruhen führen.

Um diesem und anderem vorzubauen besteht jetzt dringender Handlungsbedarf. Teile in unserem Rechtsstaat könnten sonst ein Eigenleben entwickeln. Auch zukünftige Rechtsverordnungen aus Art.80 GG sind durch die Legislativen in allen Parlamenten zu überprüfen. Müssen wir denn alles ständig und fast nur mit und durch Rechtsverordnungen aus Art.80 GG regeln? Wir haben ja nun alle gesehen, wo das hinführt. Wir sollten künftig mit Parlamentsgesetzen arbeiten und lieber nicht so viel mit diesen Rechtsverordnungen. Es ist also möglich durch Rechtsverordnungen als eine spezielle Ermächtigungsgrundlage den Rechtsstaat quasi außer Kraft zu setzen. Das Gleiche hatte ja 1933 schon einmal dieser Österreicher getan.

Roberto Perez Hagen

Neustadt: Drohender Abriss in der Zeughausstr.

– Bewohner:innen entsetzt von Heike Sudmann

Wer in Hamburg das Glück einer relativ günstigen Miete hat, möchte diesen Zustand möglichst lange erhalten. Ganz anders sehen das oft Eigentümer:innen: für sie sind niedrige Mieten nicht so erfreulich, verhindern sie doch noch größere Gewinne. Sind höhere Mieten nicht einfach durchsetzbar, z.B. weil die Mieter:innen schon seit Jahrzehnten dort wohnen und nicht ausziehen wollen, werden andere Möglichkeiten gesucht. Und da bietet sich der Abriss alter Wohngebäude mit anschließendem (größerem) Neubau an. Diese bittere Erfahrung müssen gerade die Bewohner:innen in der Zeughausstr. 42-44 machen. Besonders perfide: Erst durch meine Anfrage an den Senat (Bürgerschaftsdrucksache 22/5428 <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/70337>) erfuhren sie, dass ihr Haus abgerissen werden

soll.

Nach den Berichten der Mieter:innen hat die Eigentümerin, die HVA Hausverwaltung Alsterufer GmbH“, seit Jahren nichts mehr an den Häusern und Wohnungen gemacht. Die Wohnungen sollen anscheinend systematisch runtergerockt werden. Werden Wohnungen frei, bekommen die neuen Mieter:innen nur noch Zeitverträge. Doch viele Mieter:innen wohnen seit Jahrzehnten dort, einige schon seit 50 Jahren, sind in den Häusern aufgewachsen oder haben ihr Erwachsenenleben hier verbracht. Spätestens durch das Gebaren der Eigentümerin ist die Hausgemeinschaft (weiter) zusammengewachsen. Gemeinsam wehren sich die Mieter:innen gegen die Pläne der Eigentümerin. Mit ihrem Protest in der Bezirksversammlung haben sie erreicht, dass sich zumindest verbal fast alle Parteien für den Erhalt der Häuser einsetzen wollen. Sogar der NDR berichtete über den Widerstand der Mieter:innen

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Abbrissplaene-fuer-historisches-Haus-ueberraschen-Mieter,hamj113742.html .

Die Zeughausstraße ist ein weiteres Beispiel dafür, wie günstiger Wohnraum plattgemacht und das Verrottenlassen von Wohnungen mit teuren und rentablen Neubauwohnungen belohnt werden soll. DIE LINKE im Bezirk und in der Bürgerschaft wird weiterhin alles dafür tun, dass die günstigen Wohnungen erhalten bleiben.

Foto: Heike Sudmann



Rüstungskonversion jetzt

„So macht Wahlkampf Spaß: Am 22.09. kamen 25 Teilnehmende zusammen bei der Diskussionsveranstaltung ‚Rüstungskonversion jetzt: Frieden statt Krieg produzieren.‘ Alexander Lurz, Experte für den Bereich Frieden und Abrüstung bei Greenpeace, David Stoop als Wahlkreiskandidat und Martin Dolzer als Sprecher der Volksinitiative für das Verbot von Rüstungsexporten über den HHer Hafen machten deutlich: Konversion für nützliche Produktion geht nur gegen das Co-Management auf Gewerkschaftlicher Seite. Grundlage dafür wiederum ist eine starke Linke und Friedensbewegung, die in Friedens-, Arbeits- und Ökologiefragen die Eigentumsfrage nicht versucht zu umschiffen.“

Alexander Benthin (auch Foto)



Der so genannte Drittmix im Bezirk Hamburg-Mitte

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB

Seit Anbeginn der SPD-Senatsführung 2011 wurde insbesondere Olaf Scholz nicht müde, gebetsmühlenartig einen „Drittmix“ herbeizuphantasieren. Gemeint war damit ursprünglich jeweils ein Drittel (also 33,3 %) Sozialwohnungsbau im 1. Förderweg, frei finanziert Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungsbau. Tatsächlich ist *in keinem einzigen Jahr* zwischen 2011 und 2020 ein Drittel Sozialwohnungen entstanden. Der Durchschnittswert beträgt über die zehn Jahre etwas mehr als 25,5 %, also mal gerade ein gutes Viertel, wie eine Kleine Anfrage unserer Bürgerschaftsfraktion kürzlich wieder bestätigt hat (Drs. 22/5066 vom 2.7.2021; https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76470/buendnis_fuer_das_wohnen_maerchenerzaehlungen_und_realitaet.pdf). Das ist keine Zahlenspielerie, es geht hier immerhin um die Differenz von rund 2.000 leistbaren Wohnungen, keine Kleinigkeit in Zeiten absoluter Wohnungsnot im preisgünstigen Sektor.

Interessanterweise stellt sich die Entwicklung des Wohnungsbaus im Bezirk Hamburg-Mitte im letzten Jahrzehnt etwas anders dar, allerdings mit einigen bemerkenswerten Aspekten (siehe Tabelle 1). Betrug der Anteil der im 1. Förderweg fertig gestellten Sozialwohnungen hamburgweit nur 25,5 %, waren es im Bezirk Mitte 39,3 %. Hier konnte der Drittelwert also übersprungen werden. Doch der Blick in die detaillierteren Daten lässt den Begriff Drittmix auch in Mitte ein wenig verblassen. Denn schließlich gibt es zwar den irgendwie zusammengewürfelten Bezirk zwischen St. Pauli und Billstedt (Neuwerk lasse ich mal außen vor), aber wir alle leben, lieben und arbeiten doch eher *in einem konkreten Stadtteil*, einige auch nur in ihrem Quartier oder gar Kiez. Und so betrachtet ergeben sich doch einige erstaunliche Werte.

Der Anteil der im 1. Förderweg errichteten Wohneinheiten (WE) an der Gesamtzahl der Fertigstellungen liegt in den Mitte-Stadtteilen zwischen 0,1 % in der Altstadt (= 5 WE) und 97,8 % in Wilhelmsburg (= 1.185 WE). Weder ist also in der City günstiger Wohnraum geschaffen worden noch lässt sich auf der Elbinsel auch nur im Entferntesten



Vom Abriss bedrohtes Haus mit günstigen Mieten in der Zeughausstraße: MieterInnen wehren sich! (Foto: HS, siehe S. 11)

von einem Neubaumix sprechen. Es gibt überhaupt nur drei (oder vier) Stadtteile, die die Marke von 33,3 % neugebauten Sozialwohnungen übersteigen: St. Pauli mit 33,9 % (= 189 WE), Rotenburgsort mit 69,3 % (= 190 WE), Wilhelmsburg mit den besagten 97,8 % (= 1.185 WE) und vermutlich Horn, aber da sind die Angaben in der Senats-Drucksache falsch oder zumindest widersprüchlich. Führe ich diejenigen Stadtteile an, in denen in den vergangenen zehn Jahren deutlich weniger als 33,3 %, sagen wir: unter 20 % Sozialwohnungen fertig gestellt wurden, ergibt sich ein gewisses Bild. Es handelt sich um die Altstadt (0,1 %), die Neustadt (10,1 %), die HafenCity (12,9 %), St. Georg (18,7 %) und – ein wenig herausfallend – Hamm (13,7 %). Die Zahlen unterstreichen, dass umso weniger Sozialwohnungen gebaut wurden, je dichter es an die City ging. Hier hat die ungebremste Bodenspekulation die Preise in die Höhe schnellen lassen. Alleine das immer noch durchmischte St. Pauli (33,9 %) fehlt in dieser innenstadtnahen Liste. Aber wie auch immer, von einem Mix neuer Wohnungen kann – unter der Lupe – keineswegs die Rede sein. Wie eh und je schreitet die Segregation, die Trennung von Arm und Reich, voran: In Innenstadtkartieren werden kaum Sozialwohnungen gebaut, dafür aber um so mehr in einigen Stadtteilen mit lange Zeit überdurchschnittlichem Anteil und an den Rändern der Stadt.

Tabelle 1: Fertig gestellte Wohnungen im Bezirk Hamburg-Mitte zwischen Anfang 2011 und Ende 2020

Stadtteil	Anfang 2011 bis Ende 2020			31.12.2010	31.12.2020
	Fertig gestellte Wohnungen ins-gesamt	Fertig gestellte Wohnungen im 1. Förderweg	Anteil 1. Förderweg an den Wohnungen in %	Wohnbevölkerung	Wohnbevölkerung
Altstadt	427	5	0,1	1.661	2.332
Billbrook	4	0	0	1.357	1.646
Billstedt	1.053	214	20,3	69.306	71.077
Borgfelde	566	183	32,3	6.556	8.197
Finkenwerder + Waltershof	89	18	20,2	11.690	11.668
HafenCity	1.856	239	12,9	1.097	5.803
Hamm	878	120	13,7	37.243	37.989
Hammerbrook	1.427	342	24,0	1.703	5.069
Horn	666 ¹	1.048	?	37.635	37.903
Kl. Grasbrook + Steinwerder	0	0	0	1.244	1.120
Neustadt	477	48	10,1	11.856	12.689
Rothenburgsort	274	190	69,3	8.637	9.043
St. Georg	1.017	190	18,7	10.279	11.349
St. Pauli	557	189	33,9	21.469	21.902
Veddel	0	151	?	4.847	4.356
Wilhelmsburg	1.211	1.185	97,8	50.472	53.064
Bezirk Mitte	10.498	4.122	39,3	282.781²	301.231³

Zusammengestellt und berechnet aus der Drs. 22/5660 (Anlagen 2 und 4) vom 10.9.2021, den „Hamburger Stadtteil-Profilen 2011“ vom September 2011 sowie den „Statistischen Berichten“ des Statistikamtes („Bevölkerung in Hamburg am 31.12.2020“) vom 23.4.2021.

1 Die rot hervorgehobenen Zahlen tauchen so in der Drs. 22/5660 auf und bleiben unklar.

2 Laut Angabe des Statistikamtes Nord, aber 277.052 nach eigener Addition der Stadtteilzahlen.

3 Laut Angabe des Statistikamtes Nord, aber 295.207 nach eigener Addition der Stadtteilzahlen.

Noch ein zweiter Schwerpunkt zur Wohnungspolitik sei hier hervorgehoben: die ausgelaufenen und auslaufenden Mietpreisbindungen (siehe Tabelle 2). Ende 2019 gab es im Bezirk Hamburg-Mitte insgesamt 22.330 Sozialwohnungen des 1. Förderweges, das waren 28,9 % des gesamten Bestandes in Hamburg. Auch hier verfes-

tigt sich der Eindruck, dass den geringsten Sozialwohnungsanteil (wieder unter 20 %, Stichtag 31. Dezember 2019) einerseits die gesamten innenstadtnahen Viertel hatten: die HafenCity mit 7,3 % (= 160 WE), St. Georg mit 12,0 % (= 766 WE), die Altstadt mit 12,3 % (= 165 WE), St. Pauli mit 12,6 % (= 1.577 WE) und die Neustadt mit

17,2 % (= 1.305 WE). Andererseits fallen in diese Gruppe aber auch einige Stadtteile, in denen in der Nachkriegszeit große Sozialwohnungsbestände neu errichtet wurden, die inzwischen zum großen Teil aus der Bindung herausgefallen sind:

Hamm mit 5,3 % (= 1.230 WE), Borgfelde mit 6,1 % (= 267 WE), Horn mit 9,4 % (= 1.842 WE) und das etwas randständige Finkenwerder auf der anderen Seite der Elbe mit 9,9 % (= 575 WE).

Tabelle 2: Ausgelaufene und auslaufende Miet- und Belegungsbindungen im Bezirk Hamburg-Mitte von Anfang 2011 und Ende 2025

Stadtteil	Anfang 2011 bis Ende 2020	Ende 2019		2020 bis Ende 2025	
	Ausgelaufene Mietpreisbindungen im 1. Förderweg	Sozialwohnungsbestand	In % der Wohnungen insgesamt	Auslaufen-de Sozialwohnun-gen	In % der Sozi-alwohnungen
Altstadt	0	165	12,3	47	28,5
Billbrook	0	0	0,0	0	0,0
Billstedt	5.075	7.059	22,2	4.351	61,6
Borgfelde	81	267	6,1	0	0,0
Finkenwer-der + Wal-tershof	354	575	9,9	114	19,8
HafenCity	0	160	7,3	0	0,0
Hamm	49	1.230	5,3	104	8,5
Hammer-brook	0	456	20,1	0	0,0
Horn	1.143	1.842	9,4	207	11,2
Kl. Gras-brook + Steinwerder	0	0	0,0	0	0,0
Neustadt	690	1.305	17,2	573	43,9
Rothen-burgsort	58	971	21,0	231	23,8
St. Georg	284	766	12,0	316	41,3
St. Pauli	904	1.577	12,6	272	17,2
Veddel	98	564	27,6	98	17,4
Wilhelms-burg	2.082	5.393	23,6	788	14,6
Bezirk Mitte	10.818	22.330	15,1	7.101	31,8

Zusammengestellt und berechnet aus der Drs. 22/442 (Anlage 2) vom 3.7.2020 sowie den „Hamburger Stadtteil-Profilen 2019“ vom 10.11.2020.

Die Tabelle 2 macht auch noch auf ein weiteres Problem aufmerksam, mit dem in den kommenden Jahren gerade im Bezirk Mitte tausende Menschen konfrontiert sein werden: mit den auslaufenden Mietpreis- und Belegungsbindungen. Insbesondere Billstedt hat diesen bitteren Prozess schon ein Stück weit durchlaufen. Hier sind alleine zwischen 2011 und 2020 sage und schreibe 5.075 WE aus der Mietpreisbindung herausgefallen. Auch Wilhelmsburg (minus 2.082 WE) und Horn (minus 1.143 WE) haben im letzten Jahrzehnt Sozialwohnungen in vierstelliger Größenordnung verloren.



Mieterin der Zeughausstraße, siehe S. 11 Foto Heike Sudmann)

Der Cityausschuss sucht...

... dich!

Für die Linksfraktion Hamburg-Mitte suchen wir eine*n interessierte*n zugewählte*n Bürger*in, die/der Interesse an Bezirkspolitik hat. Der Cityausschuss der Bezirksversammlung beschäftigt sich z. B. mit allen Veranstaltungen im Bezirk. Dabei werden Belange der Bevölkerung, etwa durch Lärm- und Müllbelastung einbezogen. Die Benennung öffentlicher Wegeflächen ist ebenfalls thematisch in diesem Ausschuss angegliedert. Des Weiteren werden Sondermittelanträge der City-nahen Stadtteile beraten und Empfehlungen für die Bezirksversammlung ausgesprochen.

Wenn du Bewohner*in der Stadtteile St. Pauli, Altstadt, Neustadt, St. Georg, Hammerbrook, Rothenburgsort oder der HafenCity bist und die

Insgesamt kommt dem Bezirk alleine bis Ende 2025 fast ein Drittel seiner Sozialwohnungen abhanden, das sind 7.101 WE oder genau 31,8 % des entsprechenden Bestandes. Im Hamburger Durchschnitt sind es „nur“ 25,8 %. Das sozial- und mietenpolitische Drama dabei: Die Mieten steigen vor allem in den ersten Jahren nach dem Auslaufen aus der Bindung teilweise kräftig. Und gleichzeitig werden nicht annähernd so viele Sozialwohnungen „nachgebaut“ wie mietpreisgebundener Wohnraum verloren geht. Auch hier hat eine jüngst beantwortete Kleine Anfrage der Linksfraktion für – traurige – Klarheit gesorgt: Von 2021 bis 2030 werden in Hamburg sage und schreibe 41.528 Sozialwohnungen aus der Bindung fallen, das ist mehr als die Hälfte des gesamten Hamburger Bestandes (Drs. 22/5387 vom 17.8.2021; https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76816/wohnungsbauprogramm_des_senats_weiterhin_zu_wenig_leistbare_und_gefoerderte_wohnungen.pdf)! Doch vielleicht nur zwei Drittel werden bei anhaltender, völlig unzureichender Senatspolitik durch Neubauten „ersetzt“. Im Bezirk Mitte sind von dieser höchst negativen Entwicklung vor allem die Mieter:innen in Billstedt betroffen, wo bis 2025 genau 4.351 Sozialwohnungen auslaufen, mit 61,6 % also fast zwei Drittel des dortigen Bestandes.

Vielleicht führen die Daten und Anmerkungen ja bei der einen oder anderen Stadtteilgruppe dazu, sich gegen den mangelhaften Bau von Sozialwohnungen und die auslaufenden Mietpreisbindungen vor Ort zu stemmen.

Interessen der Linken in der Bezirkspolitik vertreten möchtest, freuen wir uns über deine Mail an: geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Es gibt eine kleine Aufwandsentschädigung für die Sitzungsteilnahmen und neue Einblicke in deinen Stadtteil und die ganze Hamburger City. Vorkenntnisse sind nicht notwendig.

Hier gibt es einen Überblick über die Inhalte des Ausschusses: https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/si018_a.asp?GRA=119

Wir freuen uns auf deine Mail mit ein paar Sätzen zu dir und deiner Motivation bei uns mitzumachen!

Termine in (und für) Mitte

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

Dienstag, 05.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Bürgerhaus (Mengestraße 20, 21107 Hamburg) im Raum 1.10 (1.OG.)

Montag, 11.10., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 14.10., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** Büro Billstedter Hauptstraße 76 (Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Dienstag, 19.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

Mittwoch, 20.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 20.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 21.10., 17:30 Uhr

öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung** in Präsenz, Raum wird noch gesucht

Sonntag, 24.10., 10 bis 19 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung mit Vorstandsneuwahlen, schriftliche Einladung folgt

November 2021

Dienstag, 02.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

Montag, 08.11., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 11.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** Büro Billstedter Hauptstraße 76 (Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Dienstag, 16.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

Mittwoch, 17.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 17.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache. Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmag)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX